

Arbeitskreis Hallesche Auenwälder zu Halle/Saale e.V.  
Große Klausstraße 11 • 06108 Halle (Saale)



**Große Klausstraße 11  
06108 Halle (Saale)**

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Offener Friedensappell an die Bundesregierung im Interesse einer friedlichen Beilegung des Ukraine-Konflikts sowie im Interesse eines dauerhaften Friedens mit Russland und damit auch der Sicherung des Friedens auf dem europäischen Kontinent**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

zwei verheerende Weltkriege sind von deutschem Boden ausgegangen. Aufgrund der unvorstellbar großen Schuld, die Nazi-Deutschland während des zweiten Weltkrieges auf sich geladen hat, tragen wir als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland heute eine besondere Verantwortung gegenüber allen Völkern, denen durch den deutschen Faschismus großes Leid widerfahren ist. Wir sehen aber auch eine besondere Verantwortung bei der heutigen Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass die aktuell bestehenden Konflikte (z.B. mit Russland im Rahmen der Ukraine-Krise, Bürgerkrieg im Jemen, in Syrien, im Irak und in Libyen) und zukünftige Krisen in der Welt ausschließlich mit friedlichen Mitteln – also unter Anwendung der hohen Kunst der Diplomatie – gelöst werden. Als Deutsche empfinden wir große Dankbarkeit über die wiedererlangte staatliche Einheit nicht nur gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich, sondern insbesondere auch gegenüber dem russischen Volk sowie allen weiteren Völkern, die der ehemaligen Sowjetunion angehörten. In diesem Zusammenhang wollen wir niemals vergessen, dass aufgrund des von Nazi-Deutschland angezettelten verbrecherischen Vernichtungskrieges im Osten auch die Völker der Sowjetunion einen hohen Blutzoll zahlen mussten und dennoch uns Deutschen im Jahr 1990 die Wiedervereinigung – mit großer Unterstützung durch die von Michail Gorbatschow geführte Regierung der UdSSR – ermöglicht haben. Angesichts dieser historischen Fakten hat das heutige Deutschland aus unserer Sicht keine Veranlassung, gegenüber Russland mit militärischen Drohgebärden aufzutreten, etwa indem Teile der Bundeswehr für eine gegen Russland gerichtete militärische Speerspitze der NATO in den baltischen Staaten entlang der russischen Grenze eingeplant werden oder aber indem öffentlichkeitswirksam über eine gesamteuropäische Armee nachgedacht wird, die natürlich – wie sollte es auch anders sein – genauso als eine gegen Russland gerichtete Militärmacht zu verstehen ist. Für uns als friedliebende Bürgerinnen und Bürger ist es absolut nicht nachvollziehbar, wie NATO-Militärmanöver in den baltischen Staaten unweit der russischen Grenze, wie die von den USA und Großbritannien immer wieder geforderten Waffenlieferungen für die ukrainische Armee, wie US-amerikanische Militärberater in der Ukraine oder wie die US-amerikanische Truppenpräsenz in Osteuropa und in den ehemaligen Sowjetrepubliken in unmittelbarer

Nachbarschaft zu Russland in irgendeiner Form einen auch nur ansatzweise sinnvollen Beitrag für einen dauerhaften Frieden in der Ostukraine und auf dem europäischen Kontinent insgesamt leisten könnten. Weiterhin ist es uns ein Rätsel, wie wir angesichts der in der letzten Zeit oft unsachlichen und unqualifizierten Berichterstattung der Medien über die russische Politik und den russischen Präsidenten und wie wir angesichts der verbalen Entgleisungen einiger westlicher und osteuropäischer Politiker jemals wieder zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Russland zurückfinden wollen. Da es nur gemeinsam mit Russland gelingen kann, in Europa eine stabile Friedensordnung zu errichten, kann eine nachhaltige Lösung der Ukraine-Krise und des Konflikts mit Russland langfristig nur darin bestehen, eine Entmilitarisierung Osteuropas und der an Russland angrenzenden Staaten zu erreichen. Als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Ostukraine und im Interesse der Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent insgesamt, haben wir die Friedensinitiative Deutschlands und Frankreichs im Vorfeld des Minsk 2-Abkommens begrüßt. Wir sind Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, und dem französischen Staatspräsidenten François Hollande für die gemeinsamen Friedensbemühungen sehr dankbar. Mit großer Sorge mussten wir in den letzten Tagen leider zur Kenntnis nehmen, dass im Osten der Ukraine bereits wieder Kampfhandlungen stattfinden. Deshalb bitten wir Sie, Ihre Friedensbemühungen zu intensivieren und sich verstärkt für eine nachhaltige Entspannungs- und Friedenspolitik in der Ostukraine und mit Russland einzusetzen. In diesem Zusammenhang halten wir einseitige Schuldzuweisungen gegen Russland und den Fortbestand der gegen Russland verhängten Sanktionen für kontraproduktiv. Vielmehr müssen wir Deutschen uns gemeinsam mit unseren NATO-Bündnispartnern die Fragen gefallen lassen, warum wir uns im Rahmen der NATO-Osterweiterung rigoros über die Sicherheitsinteressen Russlands hinweggesetzt haben oder weshalb jene Staaten, die als ehemalige Sowjetrepubliken früher der Sowjetunion angehörten und heute an einer EU-Mitgliedschaft interessiert sind, nicht gleichzeitig enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterhalten dürfen. Wir müssen uns weiterhin die Fragen gefallen lassen, warum nach dem Ende des kalten Krieges anstelle der NATO nicht neue Strukturen geschaffen werden konnten, die Russland als gleichberechtigten Partner ausdrücklich mit einbeziehen und aus welchem Grund wir die uns wiederholt entgegengestreckte Hand des russischen Präsidenten Putin für eine engere Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU ausgeschlagen haben. Weshalb wird eigentlich in der politischen Diskussion im Westen konsequent zwischen prowestlich und prorussisch orientierten Regierungen unterschieden? Warum schwingt in der politischen Debatte bei uns immer ein abfälliger Unterton mit, wenn von einer „prorussischen“ Regierung die Rede ist? Woher nehmen wir eigentlich die Gewissheit, dass eine „prorussisch“ orientierte Regierung nur engste Beziehungen zu Russland wünscht und nicht auch an guten Beziehungen zum Westen interessiert ist? Aus unserer Sicht ist es einfach nicht hinnehmbar, dass 25 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges in Europa ein neuer „eiserner Vorhang“ in den Köpfen der Menschen errichtet wird, der die Ausgrenzung Russlands zum Ziel hat. Deshalb bitten wir Sie, sich intensiv für die Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen und für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den EU-Staaten und Russland einzusetzen, denn nur in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts ist die Realisierung einer nachhaltigen Entspannungs- und Friedenspolitik erfolversprechend. Weiterhin bitten wir Sie, Ihren politischen Einfluss auf die NATO-Bündnispartner USA und Großbritannien im Interesse einer diplomatischen Lösung der Ukraine-Krise geltend zu machen. Wir sind der Auffassung, dass der Schlüssel für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts nicht allein in Moskau und im Osten der Ukraine zu suchen ist, sondern ebenso in Kiew, Washington und London. Die vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gegenüber der US-Administration und den Regierungen der EU-Staaten immer wieder vorgebrachten Forderungen nach Waffenlieferungen, lassen uns am Friedenswillen der ukrainischen Regierung zweifeln. Aus unserer Sicht ist es deshalb dringend notwendig, auf die ukrainische Regierung, die Regierung

Großbritanniens und die US-Administration in der Weise politisch einzuwirken, dass diese zu einer konstruktiven Mitarbeit am Friedensprozess in der Ostukraine und zu einer Deeskalation des mit Russland bestehenden Konflikts veranlasst werden. Wir wünschen uns von der Bundesregierung, dass sich unser Land in eine Koalition der Friedenswilligen einreicht und sich stärker als bisher für einen Frieden ohne Waffen in Europa und in der Welt engagiert. Aufgrund unserer historischen Verantwortung ist es uns sehr wichtig, dass unser Land auf internationaler Bühne nicht die Rolle eines Moralapostels mit oberlehrerhaftem Gebaren einnimmt, sondern sich stattdessen als kluger und besonnener Friedensstifter engagiert, der mit großem diplomatischen Geschick in der Weltpolitik zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte beiträgt und dabei große Anerkennung findet. Wir, die Mitglieder des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder zu Halle (Saale) e.V. und Unterzeichner dieses Friedensappells, bitten Sie nochmals, den Konfrontationskurs gegenüber Russland zu beenden und sich stattdessen noch intensiver als bisher für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts und für eine stabile Europäische Friedensordnung einzusetzen. Darüber hinaus möchten wir Sie bitten, sich verstärkt für eine schnelle Beilegung der Konflikte in Libyen, in Syrien, im Jemen und im Irak zu engagieren. Bezüglich des Ukraine-Konflikts möchten wir noch anmerken, dass im Falle einer Ausweitung des Ukraine-Konflikts – neben dem furchtbaren Leid für die Zivilbevölkerung – auch das Biosphärenreservat „Askania-Nowa“ und das Gut „Askania-Nowa“ im Süden der Ukraine von der Zerstörung bedroht wären. Das Biosphärenreservat „Askania-Nowa“ und das Gut „Askania-Nowa“, welches 1828 durch Herzog Ferdinand von Anhalt-Köthen als Kolonie des Herzogtums Anhalt-Köthen gegründet wurde, gehört heute zum UNESCO-Naturerbe.

<b>Nr.</b>	<b>Vorname</b>	<b>Name</b>	<b>PLZ</b>	<b>Ort</b>	<b>Unterschrift</b>
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					
21					
22					
23					
24					
25					
26					
27					

28					
29					
30					
31					
32					
33					
34					
35					
36					
37					
38					
39					
40					
41					
42					
43					
44					
45					
46					
47					
48					
49					
50					
51					
52					
53					
54					
55					
56					
57					
58					
59					
60					